

SCHULDENREPORT 2026

Auf einen Blick

Handels- und geopolitische Spannungen sowie anhaltende und neue Kriege führen in vielen Ländern des Globalen Südens zu einer weiteren Belastung der Staatshaushalte. Besonders in Ländern, die bereits stark durch Zins- und Kreditrückzahlungen an ausländische Gläubiger belastet sind, steigt dadurch das Risiko von öffentlichen Auslandsschuldenkrisen.

Auslandsschuldenlast weltweit: In 44 Staaten des Globalen Südens sind die Staatshaushalte durch Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger sehr hoch belastet. Dazu zählen auch Ghana, Sambia, Sri Lanka und Suriname, die in den vergangenen Jahren Umschuldungen im Rahmen eines IWF-Programms ausgehandelt haben und weiterhin mit die höchsten Belastungen weltweit aufweisen. Ihr fiskalpolitischer Handlungsspielraum ist dadurch massiv eingeschränkt. Weitere 25 Staaten sind hoch belastet; in 15 Ländern besteht ein latentes Belastungsrisiko.

- **Zulasten der Menschenrechte:** In den hoch und sehr hoch belasteten Staaten leben im weltweiten Vergleich besonders viele Menschen in extremer Armut. Gleichzeitig sind hier die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit – auch aufgrund des hohen Schuldendienstes – besonders niedrig.
- **Arbeiter*innen besonders betroffen:** Die schuldenbedingte Sparpolitik führt in vielen Ländern besonders im unteren Lohnsektor zu massiven Einkommensverlusten. Hinzu kommt, dass diese Politik häufig mit restriktiven Maßnahmen einhergeht, die Arbeitsrechte aushöhlen und die gewerkschaftliche Organisation erschweren.
- **Historische Chance vertan:** Länder des Globalen Südens haben 2025 bei der 4. UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) konstruktive Vorschläge eingebracht, die darauf abzielten, verbindliche Regelungen zur Lösung und Prävention von Auslandsschuldenkrisen inklusiv unter dem Dach der Vereinten Nationen zu vereinbaren (UN-Schuldenrahmenkonvention). Deutschland und weitere EU-Staaten haben diese Vorschläge blockiert.
- **Privatgläubiger verweigern Beteiligung:** In den Umschuldungen der letzten Jahre haben private Gläubiger wiederholt keine den öffentlichen Gläubigern gleichwertigen Schuldenerleichterungen gewährt und Verhandlungen mehrfach verzögert.

Empfehlungen an die Bundesregierung

Als erklärter Verfechter multilateraler Kooperation trägt Deutschland Verantwortung, bestehendes Blockdenken zu überwinden und den Weg für eine gerechte, inklusive und völkerrechtsbasierte Schuldenarchitektur zu öffnen.

Die Bundesregierung sollte

- **Multilaterale Reformen voranbringen:** Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die 2025 in Sevilla vereinbarten Beschlüsse verbindlich verfolgt sowie verloren gegangene Ambitionen – auch infolge der europäischen Blockade – wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dazu gehört insbesondere, den vereinbarten zwischenstaatlichen Prozess zur Überprüfung der internationalen Schuldenarchitektur konstruktiv zu unterstützen, um den Weg für eine UN-Schuldenrahmenkonvention zu ebnen.
- **Menschenrechte in Umschuldungen verbindlich berücksichtigen:** Deutschland sollte illegitime und sozial nicht tragfähige Schulden auf Basis unabhängiger Menschenrechtsfolgeabschätzungen streichen, damit Staaten ausreichend fiskalischen Spielraum erhalten, um grundlegende Rechte wie Gesundheit, Bildung und das Recht auf menschenwürdige Arbeit zu gewährleisten.
- **Private Gläubiger verpflichten, sich gleichwertig an Schuldenstreichungen zu beteiligen:** Dazu sollte die Bundesregierung umgehend ein deutsches *Safe-Harbour*-Gesetz auf den Weg bringen und sich international für vergleichbare gesetzliche Regelungen einsetzen.